

Neuburg, den 13. August 2025

**Antrag der EAG-Evangelische Arbeitsgemeinschaft für soziale Fragen in  
Bayern und Thüringen**

**Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung zur nachhaltigen Finanzierung der  
gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung**

**Antragstext**

Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für soziale Fragen in Bayern und Thüringen (EAG e.V.) fordert alle im Bundestag vertretenen Parteien nachdrücklich dazu auf, umgehend eine tragfähige, gerechte und solidarische Lösung für die Finanzierung der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung zu entwickeln. Aus Sicht der EAG ist die Einführung einer solidarisch finanzierten Bürgerversicherung zwingend und dringlich erforderlich.

**Begründung:**

Die aktuelle Finanzierung der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung gerät zunehmend unter Druck. Demografie, steigende Gesundheitskosten und wachsende soziale Ungleichheit machen ein grundlegendes Umdenken erforderlich. Die EAG hält die Einführung einer Bürgerversicherung, in der alle Bürgerinnen und Bürger – unabhängig von ihrem Einkommen oder Berufsstatus – einbezogen werden, für den einzig gerechten und nachhaltigen Weg.

**Eine Bürgerversicherung hat viele Vorteile:**

1. **Gerechtigkeit und Solidarität:** Alle tragen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung bei – Beamte, Selbstständige, Freiberufler und Angestellte gleichermaßen. Das stärkt den sozialen Zusammenhalt.
2. **Risikoverteilung:** Eine breite Einzahlerbasis sichert die Stabilität des Systems, insbesondere angesichts des demografischen Wandels.
3. **Verwaltungsvereinfachung:** Der Wegfall der Doppelstruktur (Gesetzlich/privat) senkt Bürokratie- und Verwaltungskosten.
4. **Stärkung des Gemeinwohls:** Ein einheitliches System reduziert Wettbewerbsverzerrungen und stärkt den Fokus auf medizinisch notwendige Versorgung statt auf Gewinnorientierung.
5. **Beitragsstabilität:** Höhere Einnahmen durch Ausweitung des versicherten Personenkreises und Einbeziehung aller Einkommensarten (z.B. auch Kapital- und Mieteinkünfte) machen Beitragserhöhungen weniger wahrscheinlich.

**Fazit und Dringlichkeit:**

Seite 1 von 2



## Evangelische Arbeitsgemeinschaft für soziale Fragen in Bayern und Thüringen e.V.

Die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung ist kein ideologisches Projekt sondern eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit. Die sozialen Sicherungssysteme müssen zukunftsfest und gerecht ausgestaltet sein – gerade in Zeiten wachsender Unsicherheit und sozialer Spannungen. Der Handlungsbedarf ist akut: Eine zukunftssichere Finanzierung der Gesundheits- und Pflegeversorgung duldet keinen weiteren Aufschub.

Adressaten:

- Fraktionen der Parteien im Deutschen Bundestag

Zur Kenntnis:

- Evangelisch-Lutherische Landeskirche Bayern (ELKB)
- Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und VELKD
- Bundesverband und Landesverband Bayern der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen (ACA)
- Evangelischer Verband Kirche - Wirtschaft – Arbeitswelt e.V. (KWA)

Bernhard Dausend

EAG Vorsitzender